

Kreistagswahl 26. März 2006

Einschätzungen und Vorschläge

DIE LINKE.

OFFENE LISTE

Vorbemerkung

Mit diesem Entwurf eines Wahlprogrammes stellt sich „Die Linke.Offene Liste“ im Kreis Groß-Gerau vor. Auf der Liste haben sich Menschen zusammengefunden, die mit der gegenwärtig herrschenden Politik nicht einverstanden sind. Wir kritisieren den Sozial- und Bildungsabbau auf allen Ebenen der Gesellschaft und den Abbau von Demokratie durch die um sich greifende Ökonomisierung immer weiterer Teile der Gesellschaft.

In der „Linke.OL“ arbeiten aktive GewerkschafterInnen, ehemalige Grüne, MigrantInnen, enttäuschte Sozialdemokraten, Mitglieder von Linkspartei, WASG, DKP und anderen Gruppierungen zusammen. „Die Linke.Offene Liste“ versteht sich als Lobby der „kleinen Leute“. Wir wollen im Kreistag „linke Opposition“ sein. Ohne Parlamentsopposition gibt es keine Demokratie.

Wir erheben mit unserem Programm keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist offen für Ergänzungen und Verbesserungen. Für Nachfragen und weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Für Kritik und Verbesserungsvorschläge sind wir ebenso offen wie für neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Für uns ist von besonderer Bedeutung, die „große Politik“ nicht aus dem Auge zu verlieren. Denn, wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es „unten“ für die Daseinsfürsorge.

Demokratie

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ (Artikel 28 GG) Heute erleben wir, dass die Realität und das Verfassungsgebot weit auseinanderliegen. Im wirklichen Leben wird die kommunale Selbstverwaltung in Hessen und in der gesamten Bundesrepublik zurückgedrängt und ausgehöhlt. Von der Europäischen Union (EU), dem Bund und dem Land Hessen werden Rahmenbedingungen gesetzt, die die Gestaltungsspielräume der Kommunen mehr und mehr beschneiden. Ohne Rücksichten auf örtliche Gegebenheiten, ohne angemessene Finanzausstattung und ohne hinreichende Mitwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Vertretungen und der kommunalen Verbände wird in vielen kommunalen Aufgabenfeldern durch Richtlinien, Gesetze und Verordnungen die verfassungsmäßig garantierte Handlungsfreiheit der Kommunen eingeschränkt.

Dem muß man auf allen Ebenen entgegentreten.

Deshalb fordern wir:

- Keine weiteren Umwandlungen kommunaler Betriebe in privatrechtliche Gesellschaften und Stiftungen
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe, soweit dieses möglich ist

- Gestaltung der Gesellschaftsverträge der Kapitalgesellschaften in der Art, dass ein größtmöglicher Einfluss der kommunalen Anteilseigner gewährleistet wird
- Wahl nur solcher kommunaler Vertreter in die Aufsichts- und Kontrollgremien, die sich juristisch verbindlich zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommunalparlamente verpflichten

„Mehr Demokratie wagen“, ist heute nur noch eine Floskel. Unter der Regie von „Dienstleistungsexperten“ wird eine sogenannte Modernisierung vorangetrieben, die tatsächliche Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten immer mehr einschränkt.

Unser Ziel ist es die Politik im Kreistag transparenter zu machen.

Wir setzen auf das gläserne Landratsamt, auf bürger-nahe Verwaltung. Wir sind gegen Filz der meist dann entsteht, wenn über Jahrzehnte Vertreter einer Partei fest in den Ämtern sitzen.

Wir kennen die sogenannten „Sachzwänge“ der Politik. Viele dieser „Sachzwänge“ wurden erst durch politische Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene geschaffen. Eine Kapitulation vor „Sachzwängen“ kommt für uns nicht in Frage, weil dies eine Kapitulation der Politik und der Demokratie bedeuten würde.

Als Linke wollen wir Alternativen anbieten zu den Rezepten der etablierten Parteien, die sich als Reparaturbetrieb des heutigen Wirtschaftssystems verstehen.

Direkte Demokratie fördern

In keinem Bundesland sind die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid so hoch gelegt wie in Hessen.

Wir wollen, dass sich der Kreistag beim Land für die Vereinfachung von Bürgerbegehren, insbesondere für die Verringerung der Zugangsschwellen zu einem Bürgerentscheid, einsetzt.

Wir fordern eine Bürgerbeteiligung in Haushaltsangelegenheiten. Gerade vor dem Hintergrund einer unzureichenden Finanzausstattung ist es um so wichtiger, die knappen zur Verfügung stehenden Mittel nach Entscheidung der Bürger einzusetzen.

Wir wollen, dass ab 2007 der Haushaltsentwurf in einer allgemeinverständlichen zusammenfassenden Broschüre dargestellt und verbreitet wird.

Wir fordern, dass die Möglichkeit der Mitarbeit von sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen großzügig gefördert wird.

Finanzen

Geld ist genug da. Hunderte Milliarden Euro deutsches Kapital „vagabundieren“ weltweit. Die großen Banken und Konzerne machen Superprofite. Steuerflucht und Korruption werden nicht eingedämmt. Für die Rüstung werden immer noch gigantische Summen verschwendet. Die Arbeitslosenzahlen gehen nicht zurück. Armut nimmt immer mehr zu.

Während die Gehälter der Topmanager großer Unternehmen noch vor wenigen Jahren das 20- bis 30fache der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte ausmachten, ist es inzwischen das Hundertfache und mehr. Die Hauptursache von Armut ist die Arbeitslosigkeit.

Der Städte- und Gemeindebund warnt vor weiteren Belastungen der Kommunen. Viele Kreise, Städte und Gemeinden stehen kurz vor der Pleite. Wegbrechende örtliche Steuern einerseits und geringere Finanzzuweisungen andererseits prägen das Bild.

Im Kreis-Haushalt gibt es eine Finanzierungslücke von 35 Millionen Euro.

Es fehlt der notwendige Spielraum für eine verbesserte Ausstattung der Schulen und Kindergärten, die notwendige Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen.

Die Große Koalition in Berlin wird nicht dazu beitragen, diese Lage zu verändern.

Im Kreis Groß-Gerau hat man allein in den letzten beiden Jahren 5,8 Millionen „eingespart“. Die FDP, Koalitionspartner der SPD im Kreis, sagt: „Wenn der Haushalt weiter saniert werden soll, müssen Leistungen gestrichen werden.“

Kommunale Selbstverwaltung ist ohne eine ausreichende Finanzausstattung nicht möglich. Im Kreistag sind die Probleme jedoch nicht zu lösen. Aber auch von hier müssen Impulse ausgehen damit die finanziellen Rahmenbedingungen der Kreise und Kommunen verbessert werden.

Wir wissen: Die Kommunalen Körperschaften sind in den Möglichkeiten ihrer Finanzpolitik durch die verfehlte Bundespolitik stark eingeschränkt. Auf der Ausgabenseite sind kommunale Pflichtaufgaben per Gesetz zu erfüllen. Die „freiwilligen Leistungen“, meist ein großer Teil der Kultur- und Sozialleistungen, werden bei „Sparanstrengungen“ dann oft zuerst gestrichen.

Die neoliberale Politik auf Bundesebene hat die finanzielle Lage der Kommunen in katastrophaler Weise verschlechtert und die Handlungsspielräume eingeschränkt. In der Bundesrepublik ist schon seit Jahren eine generell unzureichende Finanzausstattung kommunaler Körperschaften festzustellen.

Wir sind der Meinung, dass dadurch die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung unterlaufen und in unzulässiger Weise beeinflusst wird.

Die neoliberale Privatisierungspolitik ordnet die gesellschaftlichen Aufgaben dem Profitstreben unter. Privatisierung bedeutet immer auch Demokratieabbau. Kommunalparlamente, Bürgerinnen und Bürger haben bei privatisierten Einrichtungen sehr eingeschränkte Mitsprache, betrieblicher Gewinn geht vor Bürgerinteressen.

- Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir durch eine Vermögensbesteuerung den Einstieg in die Umverteilung von oben nach unten. Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Wir fordern

- eine umfassende Gemeindefinanzreform, die den Kreisen, Städten und Gemeinden stabile und ausreichende Einnahmen sichert;
- einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer;
- stärkere kommunale und regionale Entscheidungskompetenz bei der Fördermittelvergabe.

Die Kommunen müssen anders finanziert werden:

- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine solide gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden.
- Ein Zinsmoratorium als Sofortentlastung ist durchzuführen.
- Eine wirkliche Steuerreform muss Mittel bei den Konzernprofiten und Spitzenverdienern beschaffen.

- Notwendige Mittel müssen beschafft werden durch Beendigung der gigantischen Aufrüstungsprogramme und weltweiten Militäreinsätze und durch schrittweise Abrüstung.
- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die jährlich einen Schaden von über 200 Milliarden Euro anrichtet.
- Kosten für Aufgaben, die den Kreisen und Kommunen von Bund und Land übertragen werden, sind auch von diesen zu tragen.

Öffentliches Eigentum erhalten

Die öffentlichen Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – weitere Privatisierungen sind abzulehnen.

Die Rückführung bereits privatisierter Bereiche ist vorzunehmen.

Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen.

Eine kommunale Daseinsvorsorge muss sich an einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Groß-Gerau müssen einen stärkeren Einfluss auf Art und Umfang der öffentlichen Dienstleistungen und auf die Art ihrer Bereitstellung haben.

- Privatisierung ist Enteignung öffentlichen Eigentums. Dem setzen wir unseren Widerstand entgegen.
- Wir wenden uns gegen jegliche offene oder verdeckte Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Öffentliches Eigentum ist ein wichtiges Instrument für die Daseinsvorsorge der Menschen.
- Gegen kommunalen Stellenabbau - die Verwaltung muss die Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen können. Dazu gehört eine entsprechende Personalbemessung, der den immer größeren Druck von den Beschäftigten nimmt.

Umwelt

- Die Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor nachträglicher Beseitigung.
- Festhalten am Ausstieg aus der Atomindustrie. Biblis umgehend abschalten!
- Schluss mit der großflächigen Bodenversiegelung - Renaturierung von Leer- und Brachflächen sowie Gewässern.
- Ein Hauptverursacher von Umweltproblemen ist heute der Verkehr. Dazu muss eine Verkehrsplanung aufgestellt werden, die zumindest folgende Punkte beinhaltet: Mehr Güter gehören auf die Schiene! - LKWs und Durchgangsverkehr müssen raus aus den Wohnstraßen!

- Fahrradverkehr (zur Arbeit, zu Ämtern/Behörden, zum Einkauf, zur Freizeit) fördern.
- Ausbau bzw. Schaffung eines bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehrs.

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Wir sind und bleiben GegnerInnen des weiteren Flughafenbaus.

Wir akzeptieren nicht, dass Ausbaubetreiber immer „Recht“ bekommen und sich der Flughafen wie ein Krebsgeschwür ausdehnt. Wir akzeptieren nicht, dass jeder „Landesfürst“ und die dahinterstehenden Banken und Konzerne einen eigenen, möglichst großen Flughafen haben will. Dieser regionale Egoismus ist zurückzuweisen. Jeder verantwortungsbewusste Kreispolitiker muß sich wehren, wenn den Menschen immer mehr Flugbewegungen, immer mehr Lärm, immer mehr Gesundheitsgefährdungen zugemutet werden.

Unbestreitbar ist, dass der Flughafen für Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region eine große wirtschaftliche Bedeutung hat. Viel zu oft haben sich aber auch die Arbeitsplatzprognosen am Flughafen als unhaltbar erwiesen. Dazu kommt, dass viele Arbeitsplätze am Flughafen unterbezahlt sind. Das wird seit Jahren von der Gewerkschaft angeprangert.

Wir wollen eine intensive Kooperation der Flughäfen im nationalen und internationalen Maßstab, anstatt sich in fruchtloser Konkurrenz baulich zu überbieten und preislich zu unterbieten. Wir fordern die Besteuerung von Kerosin. Des weiteren wollen wir attraktive und bezahlbare Bahnverbindungen in Deutschland und Europa, als Alternative zum Luftverkehr. Die Bahn darf nicht, wie es teilweise schon der Fall ist, zu einem Flughafen-zubringershuttle verkommen.

Wir unterstützen im Kreistag und außerparlamentarisch den Widerstand gegen den weiteren Ausbau.

Neben den bestehenden Lärmessstellen muß mit entsprechenden unabhängigen kommunalen Anlagen im Kreisgebiet der wachsende Lärm besser kontrolliert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass „Lärmsünder“ streng bestraft werden.

Wir wollen eine regelmäßige Überprüfung der Luft auf Schadstoffe, ein absolutes Nachtflugverbot, neue Schallschutzmaßnahmen. Der Bodenschall muss gestoppt werden. Die Schäden, die der Flughafen dem Umland und seinen Menschen zufügt, müssen gemäß dem Verursacherprinzip berechnet und ausgeglichen werden.

Wir sind gegen die „Aufforstung“ der Rheinauen als „Ersatzmaßnahme“ für die Rodung von Bannwald durch die Fraport.

Der Kampf gegen die ständige Verminderung der Lebensqualität durch den Flughafen muss Thema des Kreistages bleiben. Diese Position ist für unser Handeln Richtschnur.

- Wir fordern eine Gesamtbelastungsstudie, sowie die Kontrolle der derzeitigen und zukünftigen Belastungen durch unabhängige Institutionen.
- Die jetzt schon bestehenden Belastungen (Lärm, Luftbelastung) sind zu reduzieren.

Wir wollen eine zukunftsfähige Energiepolitik

Der Kreis Groß-Gerau ist mit dem Krankenhaus, den Schulen und sonstigen Liegenschaften einer der größten Energieverbraucher im Kreisgebiet. Sparsamer Umgang mit Energie hat aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine herausragende Bedeutung.

Der Kreis Groß-Gerau hat sich mit dem Beitritt zum Klimabündnis verpflichtet den CO₂ Ausstoß zu halbieren. Dieser Absichtserklärung sind bisher jedoch wenig Taten gefolgt. Im Kreis Groß-Gerau sind nicht einmal die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für einen sinnvollen Umgang mit Energie vorhanden.

Für folgende Maßnahmen setzt sich „Die Linke.Offene Liste“ im Kreis Groß-Gerau ein:

- Regelmäßige Veröffentlichung des Energieverbrauchs des Landkreises.
- Einrichtung einer kreiseigenen Energieagentur, welche die Energieversorgung der kreiseigenen Liegenschaften übernimmt.
- Ein Energiemanagement, welches den Energieverbrauch erfasst, überwacht, Energiesanierungskonzepte erstellt und durchführt.
- Wir fordern Energiebeauftragte, ihre Arbeit ist für viele Kommunen sinnvoll und „zahlt sich aus“.
- Die Passivhausbauweise bei Neubauten des Landkreises muß jeweils vorher geprüft werden.
- Kreiseigene Energiebereitstellung auf der Basis von erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung in den Liegenschaften.

Abfallbeseitigung

Die Müllentsorgung ist eine öffentliche Aufgabe, die den einzelnen Kommunen obliegt. Die Erledigung dieser Aufgabe wird in den meisten Kommunen von privaten Entsorgungsfirmen wahrgenommen. Vereinzelt haben sich mehrere Gemeinden zusammengefunden um bei der Auftragsvergabe eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen.

Abfallentsorgung ist eine lukrative Aufgabe, die allerdings nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden darf. Sie ist besonders unter ökologischen -, wie unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Sie stellt einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge dar.

Für folgende Maßnahmen setzt sich „Die Linke.Offene Liste“ ein:

- Entwicklung eines kreisweiten Konzepts der Abfallentsorgung in öffentlicher Hand.
- Bildung eines kreisweiten öffentlich rechtlichen Zweckverbandes Abfallentsorgung und Integration der vorhandenen kommunalen Müllabfuhr in diesen Zweckverband, wodurch die Gebühren gesenkt werden können.
- Schaffung zusätzlicher regionaler Arbeitsplätze durch die Bündelung der Aufgaben, wie Abwasserentsorgung und Straßenunterhaltung in diesem Zweckverband.

Arbeit und Soziales

Wir erleben seit Jahren auf allen Ebenen Sozialabbau auf breiter Front. Dabei sind die bundespolitische „Agenda 2010“ (mit Hartz-Gesetzen) und der hessische „Koch’sche Kahlschlag“ zwei Seiten einer Medaille. Diese Politik erzeugt soziale Kälte und Angst. Diskriminierung und Ausgrenzung nehmen zu.

„Die Linke.Offene Liste“ lehnt die sogenannten Arbeitsmarktreformen ab. Sie sind nicht geeignet Arbeit zu schaffen, sondern disziplinieren und diskriminieren Arbeitslose und ArbeitnehmerInnen. Der Kreis Groß-Gerau hat bei der Umsetzung von Hartz IV einen Ermessensspielraum, den er jedoch häufig zum Nachteil der Betroffenen ausnutzt.

Die Kontrollen der Arbeitslosengeld II BezieherInnen verletzen oft die Menschenwürde. Mit der Androhung von Mittelkürzungen kann nahezu jede Zwangsmaßnahme durchgesetzt werden. Das Fordern dominiert das Fördern.

Wenn Arbeitslose bespitzelt werden und ihr Mietzuschuss gekürzt wird, obwohl es keinen Wohnraum mit der geforderten Mietobergrenze gibt, kommt das einer Vertreibung der Arbeitslosen gleich.

Für folgende Maßnahmen setzt sich „Die Linke.Offene Liste“ ein:

- Einrichtung eines Fachbeirates, in dem die betroffenen Langzeitarbeitslosen vertreten sind.
- Einrichtung der Stelle einer Ombudsfrau/eines Ombudsmanns für Hartz-IV-EmpfängerInnen.
- Keine Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (1 € Jobs). Stattdessen Schaffung von versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

- Keine Mietkürzungen, wenn keine passende preiswerte Wohnung angeboten werden kann.
- Bereitstellung von kostenloser Ganztagskinderbetreuung für alleinstehende arbeitssuchende Erziehungsberechtigte mit Kindern über drei Jahre, damit eine Vermittlung in versicherungspflichtige Arbeit überhaupt stattfinden kann.
- Einführung eines Sozialpasses (Vergünstigung bei öffentlichen Einrichtungen) für alle von der sozialen Grundsicherung betroffenen Bürgerinnen und Bürger
- Kostenübernahme von Praxisgebühren und Rezeptgebühren für die Krankenversorgung bis zum Kostenfreibetrag der gesetzlichen Krankenkassen.
- Finanzielle Zuschüsse für Schulkosten bis zum Abitur.
- Unterstützung und Vermittlung von Ausbildungsplatzsuchenden und Arbeitslosen unter 25 Jahren, die noch bei ihren Eltern wohnen und aufgrund des Einkommens der Eltern keine Grundsicherungsleistungen erhalten.
- Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich.

Eine qualifizierte Förderung der Arbeitslosen kann nicht bei gleichzeitiger Ausübung von Bespitzelung und Zwang stattfinden.

Wir fordern: Soziales erhalten und ausbauen!

- Auch im Kreistag werden wir gegen jegliche Form neoliberaler Politik auftreten.
- Wir wenden uns gegen jegliche Gebühren-, Abgaben- und Steuererhöhungen für die Mehrheit der Bevölkerung.
- Allen Maßnahmen zur Umsetzung im Zusammenhang mit dem bundes- und landesweiten Sozialabbau (hier besonders Hartz IV) treten wir entschieden entgegen.
- Wir wenden uns gegen die Lohndrückerei und gegen Stellenabbau mit Hilfe von 1-Euro-Jobs.
- Wir kämpfen für die Beibehaltung erreichter sozialer Standards und fordern den sachgerechten weiteren Ausbau.
- Der Kinderarmut muss wirkungsvoll entgegen getreten werden.
- Die Gebühren für Kinderkrippen, Kitas und Horte sind einzufrieren und schrittweise hin zum Nulltarif zu entwickeln.
- Kinder- und Jugendeinrichtungen sind neu zu schaffen, im Bestand zu sichern und auszubauen.
- Der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten und ihrer besonders schlechten sozialen Lage ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken.
- Amateursportvereine werden gefördert und von jeglicher steuerlichen Belastung befreit. Ihnen werden keine Gebühren für die Nutzung kommunaler Einrichtungen abverlangt.

Wirtschaftsförderung

Im Kreis Groß-Gerau sind zahlreiche leistungsfähige Handels- und Handwerksfirmen ansässig, die zur Leistungsfähigkeit des Kreises erheblich beitragen. Ein großer Teil dieser Firmen stellt auch Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die verstärkte Förderung und Unterstützung gerade dieser ortsansässigen Firmen ist notwendig und sinnvoll.

Für folgende Maßnahmen setzt sich „Die Linke.Offene Liste“ ein:

- Vorrangige Vergabe öffentlicher Aufträge aller Art an ortsansässige Firmen.
- Bei der Vergabe sollen Gesichtspunkte wie: Anzahl der Ausbildungsplätze im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, Anwendung der jeweils einschlägigen Tarifverträge, Instrumente zur realisierten Frauenförderung bei personalstarken Anbietern, nachweisliche Förderung und Unterstützung örtlicher Vereine und Organisationen, besondere Berücksichtigung finden.
- Bei allen Bauvorhaben ist vertraglich sicherzustellen und intensiv zu überwachen, dass die geltenden Tarifverträge eingehalten werden, dies gilt auch bei Beauftragung von Subunternehmen.
- Bei großen Projekten fördert und unterstützt die Kreisverwaltung organisatorisch die Bildung von Kooperationen ortsansässiger Unternehmen.

Das Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzabbau macht um keine Kommune einen Bogen. Ganze Betriebe verschwinden, Läden stehen leer und weitere sind von Schließung bedroht. Mit der Ansiedlung immer neuer Discountmärkte wird der Druck auf den örtlichen kleinen Einzelhandel immer stärker.

Notwendig ist:

- Eine wirksame Unterstützung der Handwerksbetriebe, der kleinen Fachläden gegenüber dem Konkurrenzdruck der großen Handelskonzerne und Supermarktketten.
- Ansiedlung von weiteren Discountern auf der grünen Wiese sind kritisch zu hinterfragen oder zu verhindern.
- Auslastende Nutzung der derzeitigen Gewerbegebiete, anstatt immer neue zu erschließen.
- Erhöhung der Gewerbesteuer für Großunternehmen und ihre Tochterunternehmen sowie der Banken und Versicherungen.

Kultur und Bildung

„Die Linke.Offene Liste“ geht von einem umfassenden Kulturverständnis aus. Kultur umfasst alle Formen der geistigen und tätigen Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur und der Gesellschaft. Weil wir nicht allein

auf der Welt sind, brauchen wir die Kultur. Sie lehrt uns, mit anderen Völkern zusammenzuleben und dass andere Traditionen und andere Lebensweisen genauso viel wert sind wie unsere eigenen.

Kindertagesstätten, Schulen und Volkshochschulen sind so gesehen ebenso kulturelle Einrichtungen wie Museen, Bürger Räume oder Sportanlagen.

Kultur- und Bildungspolitik finden jedoch nicht im luftleeren Raum statt. Sie sind immer von den großen gesellschaftlichen Trends geprägt. Der heute dominierende Trend ist die Restauration eines Kapitalismus ohne soziale und ökologische Verpflichtung. Zwischenmenschliche Kälte und die Zunahme marktradikaler, rechter und rechtsradikaler Interpretations- und Verhaltensmuster sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Weil Kultur und Bildung in erster Linie dem Zusammenleben und der Selbstverwirklichung der Menschen dienen, lehnen wir eine Politik ab, die in Kultur und Bildung einen Standortfaktor sieht und diese für das solidarische, menschliche Zusammenleben fundamentalen Bereiche einer perfiden und zynischen Wettbewerbsphilosophie unterordnen will.

Für die Kultur- und Bildungspolitik von „Die Linke. Offene Liste“ steht nach wie vor das humanistische Bildungsideal im Zentrum, das fordert, alle Menschen in die Lage zu versetzen, sich selbst und die Welt zu begreifen.

Kultur

Angesichts der ungebremsten Zunahme kommerzieller konsumorientierter Massenkultur, die politische Naivität und Manipulierbarkeit fördert, ist es dringend geboten, dass öffentlich finanzierte und geförderte Kunst und Kultur die Eigenaktivität und Kreativität der Menschen fördert. Die Kulturarbeit des Kreises, ist auf das Ausrichten von Spargeltagen reduziert worden, sie wird ihrer Aufgabe in keiner Weise gerecht. „Die Linke. Offene Liste“ wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die wenigen Mittel, die der Kreis für Kulturförderung zur Verfügung stellt, auch für diese Zwecke eingesetzt werden.

Kultur und Bildung sind öffentliche Güter. Der Besuch von Kindertagesstätten, Schulen und Volkshochschulen muss langfristig kostenfrei sein. So weit in Bildungseinrichtungen des Kreises Gebühren erhoben werden, müssen diese bis zur vollständigen Abschaffung schrittweise gesenkt werden. Auch an Jugendkultur- und Jugendbildungsarbeit darf nicht gespart werden. Sie ist heute unverzichtbarer denn je, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben ihre Freizeit selbstbestimmt in nicht-kommerziellen Räumen gestalten zu können.

Bildung

„Die Linke. Offene Liste“ geht von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis aus, also davon, dass Bildung und Erziehung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft verstan-

den werden müssen. Wir sind der Auffassung, dass die Trennung der Verantwortlichkeit für die Schulen in die Schulträgerschaft der Kommunen und Kreise (Gebäude und Gebäudeunterhaltung im weitesten Sinne) einerseits und in eine Landesverantwortung für das Lehrpersonal und die Lehrpläne andererseits überholt ist. Entschieden lehnen wir aber alle Konzepte ab, die auf dieses Problem dadurch reagieren, Schulen gewissermaßen in Betriebe zu verwandeln. Ein einheitliches Budget ersetzt nicht die letztlich entscheidende gemeinsame Verantwortung von Land, Kreis und Kommunen für die Arbeit der Schulen.

Alle Bildungseinrichtungen des Kreises, die Schulen, die Volkshochschulen, aber auch das Jugendbildungswerk und andere sollten sich in ihrer Bildungsarbeit vor allem an zwei Punkten orientieren:

1. Eine immer komplexer werdende Gesellschaft stellt steigende Anforderungen an die politische, soziale, ethische und ökologische Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wer sich selbst und die Welt nicht versteht, ist auch nicht in der Lage, als mündiger Bürger oder mündige Bürgerin kritisch und selbstbewusst politisch zu handeln.
2. Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen des Kreises müssen auch helfen, berufliche Chancengleichheit für alle möglichst weitgehend zu realisieren. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer und ethnischer Spaltung der Gesellschaft müssen integrative Konzepte auf allen Feldern des Bildungs- und Erziehungswesens ausgebaut und öffentlich offensiv vertreten werden. Es muss wieder mit Nachdruck an dem Ziel gearbeitet werden, dass alle Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Schuljahr gemeinsam eine Schule besuchen.

Von LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SekretärInnen, HausmeisterInnen und anderen Arbeitskräften muss heute in den Bildungseinrichtungen mehr Arbeit als je zuvor bewältigt werden. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. „Die Linke. Offene Liste“ wendet sich entschieden gegen die Einführung eines Niedriglohnssektors, gegen 1-Euro-Jobs und gegen deregulierte Arbeitsverhältnisse in den Bildungseinrichtungen.

Wir meinen, dass Schulen den Erfordernissen der Zeit entsprechend besser ausgestattet werden müssen und dass Kürzungen bei Kultur und Bildung ein absolutes Tabu sind. Vor allem setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Den Bedürfnissen der Schulen angemessene bauliche Unterhaltung der Schulgebäude und der Lehr- und Lernmittel sind eine Selbstverständlichkeit! Die Betreuung und Wartung der Computer an den Schulen muss wesentlich umfangreicher ausgebaut werden.

- Mindestens ein Hausmeister und eine Sekretärin gehören in jede Schule – auch in jede Grundschule!
- Die Privatisierung der Schulreinigung hat sich nicht bewährt, sie wird wieder in die Regie des Kreises übernommen!
- Die Schulsozialarbeit und das Netzwerk Schule werden weiter ausgebaut. Die Beruflichen Schulen und die Grundschulen sind zügig einzubeziehen.
- Dem Wettbewerb der Schulen um SchülerInnen wird entgegen gewirkt, Kooperationsbeziehungen werden mit Nachdruck gefördert.
- Der Kreis startet ein Programm „Schule ist Lebensraum“ zur inhaltlichen Weiterentwicklung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten.
- Der Kreis ergreift eine Initiative zur Förderung, Intensivierung und kreisweiten Kooperation der Schülervertretungen.
- Für die Grundschulen muss auch bei sinkenden Schülerzahlen am wohnortnahen Schulangebot festgehalten werden.
- Schülerbeförderung muss für alle Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht und kostenlos angeboten werden.
- Schulsanierungen und Schulneubauten werden ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert und unter öffentlicher Regie mit intensiver Beteiligung der Gremien der betroffenen Schulen geplant und durchgeführt. Sogenannte Private Public Partnership (PPP) – Projekte lehnen wir ab.

Die Jugend hat ein Recht auf Zukunft und Ausbildung

Seit Jahren ist auch im Kreis Groß-Gerau die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, groß. Die Ursache der Ausbildungskrise liegt in der Weigerung vieler Betriebe, ihrer Ausbildungspflicht nachzukommen. Betroffen sind mittlerweile nicht nur SchülerInnen mit Hauptschulabschluss auch die mittlere Reife ist keine Garantie mehr für einen Ausbildungsplatz. Die Linke. OL hält ein Bündel von Maßnahmen für notwendig um zu erreichen, dass allen Jugendlichen im Kreis, die dies wollen, eine Berufsausbildung ermöglicht wird.

- Die Ausbildungsinitiative des Kreises Groß-Gerau muss fortgeführt und ausgebaut werden.
- Aufträge des Kreises dürfen nur noch an Firmen vergeben werden, die in angemessener Weise ausbilden.
- Der Kreis überprüft seine eigene Berufsbildungspraxis mit dem Ziel, die Ausbildungskapazität zu steigern und Voraussetzungen zu schaffen, die es auch leistungsschwächeren Jugendlichen ermöglichen, erfolgreich eine Berufsausbildung abzuschließen
- Kreistag und Kreisausschuss müssen öffentlich die Betriebe kritisieren, deren Ausbildungsquote zu niedrig ist.

- Der Kreis startet eine Initiative, um in den Kreisberufsschulen mehr vollzeitschulische Ausbildungsgänge und Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Die Zahl der im Kreis zur Verfügung stehenden außerbetrieblichen Ausbildungsplätze muss deutlich erhöht werden.

Kinder und Jugend

Die Jugendarbeit soll in unserem Kreis einen höheren Stellenwert einnehmen und braucht mehr Unterstützung. Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in Vereinen organisiert sind und dies auch nicht immer wollen, haben oft kaum Möglichkeiten ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Im Kreis gibt es eine „Landflucht der Jugend“. Sie bevorzugen Städte wie Frankfurt, Groß-Gerau, Mainz oder Darmstadt, weil vor Ort „junge Kultur“ unterentwickelt ist.

- Wir wollen bessere Bedingungen für die Jugendarbeit (mehr Mittel für Jugendzentren, Honorarkräfte, neue Formen offener Jugendarbeit, Arbeitsmaterial). Die vorhandenen Jugendzentren haben eine große Verantwortung bei der Verhinderung rechtsradikaler Entwicklungen. Begonnene Aktivitäten zur Unterstützung bei der Lehrstellensuche sollten ausgebaut werden.
- Wir wollen Hilfe für die Jugendlichen bei der Beschaffung von Räumlichkeiten, z.B. Proberäume für Bands.
- Jugendpolitik heißt aber auch unmittelbare Beteiligung der Jugend an der Kommunalpolitik. Wir wollen, dass das Kinder- und Jugendforen ein Antrags- und Rede-recht in den Parlamenten bekommen.

Immer mehr junge Menschen sorgen sich um ihre Zukunft, weil das herrschende kapitalistische System ihnen keine gesicherte Perspektive bietet.

„Die Linke.Offene Liste“ fordert:

Es muss mehr für die Jugend getan werden! Auch im Kreistag können hier neue Initiativen entwickelt werden.

- Der wachsenden Kinderarmut muss wirkungsvoll entgegengetreten werden. Ein spezielles Kreis-Programm muss in dieser Frage erstellt werden. Beratungs- und Hilfemöglichkeiten müssen ausgebaut werden.
- Kinderkrippen, Kitas und Horte sind bedarfsdeckend in Wohnnähe zu schaffen. Die Gebühren hierzu sind einzufrieren und schrittweise hin zum Nulltarif zu entwickeln.
- Kinder- und Jugendeinrichtungen sind neu zu schaffen, im Bestand zu sichern und auszubauen.
- In der Verwaltung, in den kommunalen Einrichtungen, Eigenbetrieben und Betrieben mit mehrheitlicher kommunaler Beteiligung sind mindestens 10% aller Stellen als Ausbildungsplätze für Jugendliche auszuweisen.
- Spezielle nichtkommerzielle Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind anzubieten.

Freizeitangebote

Der Kreis und die Kommunen sind die Orte an denen sich die Menschen entspannen und erholen. Dazu sind sinnvolle Kultur- und Freizeiteinrichtungen unerlässlich. Wachsender Leistungsdruck, nervliche Belastungen im Arbeitsleben und erst recht die Lasten der Krise und des Sozialabbaus lasten auf immer mehr Bürgerinnen und Bürgern.

- Alle kulturellen und sportlichen Einrichtungen werden im Bestand gesichert, gefördert und ausgebaut.
- Die kulturelle und sportliche Selbstbetätigung der Bevölkerung wird durch die Unterstützung entsprechender Initiativen und Vereine gefördert.
- Schaffung von Kultur- und Kommunikationszentren in den großen Wohngebieten.
- Ausbau der Büchereien
- Keine Mittelkürzungen für kulturelle- und Sportvereine.

Wohnen

Das Menschenrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum wird immer stärker zum Spielball mächtiger Kapitalinteressen. Widerstand dagegen muss sich auch auf kommunaler und Kreisebene entwickeln.

Der Kreistag kann und muß Initiativen ergreifen:

- Gegen den Verkauf kommunaler, landes- und bundeseigener Wohnungsbestände.
- Gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- Gegen Mieterhöhungen bei dem Auslaufen von Sozialbindungen.
- Gegen Zwangsumzüge wegen Hartz IV und anderer unsozialer Gesetze.

Verkehrspolitik

Die Verkehrslawine rollt ungebremst, trotz Ökosteuern und Lkw-Maut. Der öffentliche Personennahverkehr leidet nach wie vor unter einer Infrastrukturpolitik, die sich weitestgehend am Auto orientiert. Dadurch wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) noch immer nicht als attraktive Alternative zum Auto wahrgenommen.

Der Verkehr soll nicht nur betriebs- sondern auch volkswirtschaftlich bewertet werden. Die einseitig orientierte Kostenbetrachtung im ÖPNV führt dazu, dass auch künftig immer mehr Autos auf den Straßen unterwegs sein werden. Dies gefährdet bereits heute die Lebensqualität der Kommunen in erheblichem Maße.

Wir begreifen Mobilität als ein Menschenrecht. Auch Menschen, die über kein Auto verfügen – weil sie sich keines leisten oder sie nicht fahren können, weil sie zu

jung, zu alt oder behindert sind –, sollen nicht auf Mobilität verzichten müssen. Wir fordern attraktive öffentliche Nahverkehrssysteme. Notwendig sind alternative Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbusse, Mitfahrzentralen und Carsharing.

- Wir sind für eine Tarifgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, die insgesamt deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen muss und darüber hinaus Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsieht. Nur so können z.B. auch Einzelfahrten zum Arbeitsplatz zurückgedrängt werden. Fahrpreiserhöhung im RMV lehnen wir entschieden ab. Fahrpreise müssen Anreiz sein, das Auto stehen zu lassen.
- Wir wollen, dass umweltfreundliche Verkehrsarten (Bus, Rad- und Fußverkehr) gefördert werden. Wir fordern dies nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus sozialen Gründen. Fahrradfahren gewinnt an Bedeutung.
- Wir fordern einen radfahrerfreundlichen Kreis. Wenn Radfahren sicher und bequem ist, gibt es Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken. Dazu gehört das Absenken von Bordsteinen an Stellen, die von Radfahrern stark befahren werden und moderne Fahrradabstellplätze.
- Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Radwegverbindung zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden des Kreises erforderlich. Z. B. ist unbedingt ein direkter Radweg zwischen dem Stadtteil Wallerstädten und dem Fährübergang Kornsand über Geinsheim entlang der L3094 notwendig. Dies wäre eine Fortsetzung des bereits bestehenden Radweges zwischen Gross-Gerau und Wallerstädten und eine Bereicherung der viel befahrenen Strecke nach Oppenheim/Nierstein.
- Gegen die Kahlschlagpolitik der Deutschen Bahn AG, die immer mehr Kommunen vom Bahnnetz abkoppelt, muss auch der Kreistag Stellung beziehen.

Wer, wie die Große Koalition, die Pendlerpauschale begrenzt und Zuschüsse für den Nahverkehr kürzen will, geht einen falschen Weg.

- Wir brauchen mehr politischen Druck auf die Bahn AG und das Land Hessen damit die Modernisierung der Bahnhöfe erfolgt.
- Auch der Kreistag kann sich dafür einsetzen, dass die Bahnhöfe wieder attraktiv und servicefreundlich werden. Dazu gehören auch behindertengerechte Zugänge, abschließbare Fahrradboxen und überdachte Fahrradabstellplätze.

„Die Linke.Offene Liste“ fordert:

- Die Verbesserung der Verkehrsanbindung der einzelnen Gemeinden im Groß-Gerauer Land an die S-Bahn durch Linien-Sammel-Taxis (etwa wie auf der Stre-

cke Gernsheim, Biebesheim, Leeheim, Wolfskehlen Dornheim, Dornberg, Mörfelden Walldorf.

- Ein Durchfahrverbot von Lastwagen durch Ortschaften an Bundesautobahnen wegen offensichtlicher Mautprellerei und zu Lasten der Bevölkerung
- Die Pflege und Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, auch des Nachtbussystems (Discobus).

Gesundheit

Eines der wichtigsten Güter der Menschen ist die Gesundheit. Doch durch die sogenannten „Reformen“ wird dieses Grundrecht immer mehr ausgehöhlt.

Vermehrter Stress in den Betrieben, Arbeitslosigkeit und Armut, dazu falsche Ernährung führen zu vielen Krankheiten.

Wir wollen eine der Lage angepasste wirkungsvolle gesundheitliche Versorgung!

- Eine ausreichende Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten ist zu gewährleisten. Dies kann auch durch die Einrichtung von Ärztezentren geschehen.
- Ein effektiver, örtlicher Notdienst ist zu garantieren.

In der Flughafenregion belasten heute Lärm und Luftverschmutzung zunehmend die Gesundheit. Wir wollen eine Untersuchung, die diese Zusammenhänge erforscht.

- Wir sind gegen Einsparungsmaßnahmen bei der Jugend- und Drogenberatung und der Elternberatung. Die Veränderung des Apotheken-Notdienstes lehnen wir ab.

Wir sind für zeitgemäße Krankenhäuser in öffentlicher Hand. Im Kreis Groß-Gerau ist es dies ist im Wesentlichen die Aufgabe der beiden Krankenhäuser in Rüsselsheim und Groß-Gerau. Eine Zusammenarbeit und enger Erfahrungsaustausch der beiden Krankenhäuser ist zu begrüßen. Eine Fusion des Kreiskrankenhauses in Groß-Gerau mit dem bereits als private GmbH geführten Krankenhaus in Rüsselsheim lehnen wir ab.

Wir wollen:

- die weitere Modernisierung des Kreiskrankenhauses in Groß-Gerau
- die Verbesserung der ambulanten Versorgung
- den Erhalt und Ausbau der derzeit vorhandenen Bettenzahl.
- die Sicherung der Tarifbindungen für das gesamte Personal der Kreiskrankenhäuser
- den Erhalt aller zum Krankenhaus gehörenden Arbeitsbereiche (Pflege, medizinischer Dienst, Versorgung, Technik usw.) „unter einem Dach“!
- den langfristigen Erhalt des Kreiskrankenhauses in Groß-Gerau in der Trägerschaft des Kreises.

Ältere BürgerInnen

Die Würde des Menschen ist unantastbar - auch im Alter. Wir stellen fest: Auch bei den älteren Generationen wird die Spaltung in Arm und Reich größer. Deshalb haben Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit und der Beseitigung sozialer Schiefen sowie die Suche nach neuen Lösungen für uns einen hohen Stellenwert.

Wir wollen, dass die Lebensleistung der älteren Generationen respektiert wird, jegliche Diskriminierungen aus Altersgründen unterbleiben, die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Bürgerinnen und Bürger gefördert und genutzt werden.

Wir wollen, dass ältere Menschen mit Behinderungen gezielt durch Kompetenz erhaltende und Kompetenz steigernde Maßnahmen gefördert werden. Die Menschen dürfen im Alter nicht zum Sozialfall werden.

Wir wollen Alteneinrichtungen mit bezahlbaren Pflegeätzen. Die Kosten für vollstationäre Pflege in solchen Einrichtungen betragen z.Zt. bis zu 3630,- Euro. Selbst wenn die Pflegekasse dann knapp 1500,- Euro übernimmt, geht bei der verlangten Zuzahlung alles drauf was sich Menschen in ihrem ganzen Arbeitsleben erarbeitet haben.

Wir haben darauf zu achten, daß ältere Bürgerinnen und Bürger nicht in Vergessenheit geraten. Dazu gehört vor allem, dass keine Mittelkürzungen für Betreuungsangebote stattfinden.

Das Miteinander von Jung und Alt ist zu fördern.

Wir wollen die Prüfung, ob öffentliche Verkehrswege (Ampeltakte, Rad- und Fußwege, Geländer, Randsteine, Stufen etc.) den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen. Eine humane Stadt ist auch eine rollstuhlgerechte Stadt.

Wir halten eine Aktion „Jugend hilft“ für sinnvoll. Hier könnten Wege gefunden werden, um Einkäufe u.ä. zu organisieren.

Altersarmut, besonders für Frauen, breitet sich immer mehr aus. Dem ist auch kommunal entgegen zu steuern. Nach einem langen Arbeitsleben haben die Menschen ein Anrecht auf ein würdevolles Leben auch im Alter.

Wir meinen:

- Ältere Menschen dürfen nicht aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld heraus gerissen werden.
- Eine effektive soziale Betreuung älterer Menschen ist zu gewährleisten.
- Betreutes Wohnen im ursprünglichen Umfeld ist zu ermöglichen

- Spezielle Kulturangebote für ältere Menschen müssen geschaffen werden.

Wir fordern:

- Umzugshilfen für ältere Menschen, die in eine kleinere Wohnung im gewohnten Umfeld umziehen wollen.
- Einrichtung von Seniorenbeiräten mit Antragsrecht für die Kommunalparlamente.

Frauen

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

Die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist keineswegs Realität. Im Gegenteil, zur Zeit wird Frauenförderung abgebaut. Wir fordern Rahmenbedingungen, die Frauen in allen Lebensphasen eine unabhängige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit bzw. soziale Leistungen ermöglichen. Grundsätzlich gilt: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit.

Wir stellen fest: Frauen gehören zu den Verlierern der sog. „Arbeitsmarktreformen“. Sie werden unter Verweis auf verdienende Partner aus dem Bezug von ALG II und damit letztlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Sie können auch den Krankenversicherungsschutz verlieren, wenn sie mit dem Partner nicht verheiratet sind und die Bedingungen für eine Zulassung zu einer gesetzlichen Krankenversicherung nicht erfüllen.

Die arbeitsmarkt- und familienpolitische Zeitreise zurück in die 50er Jahre wurde in Hessen durch ein gigantisches soziales Streichkonzert flankiert: Das Milliarden-Sparprogramm von Ministerpräsident Koch, das ausgerechnet unter dem Namen „Operation sichere Zukunft“ 2004 in Kraft trat, schlägt auf die soziale Infrastruktur in den Kommunen durch.

Dem muss auch im Kreis und in den Kommunen entgegen gesteuert werden. Wir sind nicht der Meinung, dass die Hausfrauen an Heim und Herd die Scherben einer verfehlten Sozialpolitik aufkehren sollen. Wir sind nicht der Meinung, dass ihre beruflichen Ambitionen Schuld sind an der hohen Arbeitslosigkeit.

Wir streiten für familiengerechte Gestaltung der Städte und Gemeinden. Dazu gehören der Erhalt bestehender Frauenprojekte, die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagschulen. Eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit ist für uns ein wichtiges Anliegen.

„Die Linke. Offene Liste“ will Geschlechtergerechtigkeit statt männlicher Dominanz.

Frauenpolitik wird herkömmlich leider nur im Rahmen lediglich der Familienpolitik betrachtet und behandelt.

Wir stellen fest: Gewaltstrukturen beeinträchtigen die freie Lebensgestaltung von Frauen und bewirken darüber hinaus weit reichende Unterdrückungsmechanismen.

Wir wollen:

Die konsequente Anwendung der Gleichberechtigung als Querschnittsaufgabe bei der Umsetzung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben und Projekte des Kreises.

Dazu gehören u.a. die Förderung und Unterstützung der Organisationen vor Ort, die gegen jegliche Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeiten und den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen Beratung, Hilfen und Schutzräume bieten.

Die Stärkung der Funktion der Frauenbeauftragten als Beratungs- und Kontrollorgan sowie Förderung von emanzipatorischen Initiativen, Netzwerken und Projekten, mit dem Ziel, die Interessen und Rechte der Frauen und Mädchen zu stärken und durchzusetzen.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen, die Neubewertung gesellschaftlicher Aufgaben und damit der Arbeit und somit auch ein neues Vorgehen bei der Verteilung von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern sind wichtige Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft. Die praktische Umsetzung muss durch kommunal- und kreisverantwortliche Politik unterstützt werden.

Solidarität gegen Rechts

Im Jahr 2004 konnten rechtsextreme Parteien bei Landtags- und Kommunalwahlen erschreckend hohe Wahlerfolge einfahren. NPD und DVU sind in Landesparlamenten vertreten, die „Reps“ sitzen im Kreistag Groß-Gerau. Das Gedenkjahr 2005 offenbarte: Rechtes und rechtsextrêmes Gedankengut ist in der Mitte unserer Gesellschaft fest verankert.

Überlebende des Holocaust mahnen uns, nicht zuzulassen, dass rechtsextreme Hetze ungestraft in aller Öffentlichkeit geäußert werden kann. Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 25. Januar 2005: „Wenn ich heute in unserem Vaterland erlebe, dass Nazis auf den Straßen demonstrieren dürfen und das höchste deutsche Gericht diese Aufmärsche wegen der Meinungsfreiheit schützt, dann sage ich: Für uns ist das geradezu eine unmenschliche Tat, wir leiden darunter.“

- Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist auch im Kreistag und in den Kommunalparlamenten entgegenzutreten. Besonders muss neonazistischer Ausländerhetze durch vielfältige Aktivitäten (strafrechtliche Verfolgung, politische Resolutionen, Veranstaltungen, Feste und Kulturarbeit) begegnet werden.
- Wir fordern: Keine Vermietung von Räumlichkeiten für antidemokratische, reaktionäre Gruppen und Organisationen.
- Wir wollen, dass im Kreis Groß-Gerau den ermordeten und vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und den politisch verfolgten Antifaschisten gedacht wird.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Ethnische, kulturelle und religiöse Verschiedenheiten können nur in einer demokratischen, auf Grund- und Menschenrechten basierenden Ordnung, zu einem vernünftigen Miteinander finden. Ein Wesenselement der Demokratie ist es, dass alle Menschen gesellschaftlich mitwirken. Die demokratische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund muss auf allen Ebenen umgesetzt werden.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, der Hass auf Menschen anderer Herkunft und Abstammung, ist zu bekämpfen. Die Linkspartei fordert eine konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtstextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten.

Aufklärungsarbeit muss verstärkt werden z.B. durch

- Förderung interkultureller Kinder- und Jugendarbeit, so z.B. Erarbeitung eines Konzeptes und Förderung in der Schulsozialarbeit, internationale Jugendbegegnungen
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden wie Gewerkschaften, Kirchen, Sportverbänden und Organisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge
- Förderung breiter gesellschaftlicher Bündnisse gegen Rechtsextremismus
- Stärkung des Opferschutzes bei rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalt

Die „Die Linke.Offene Liste“ setzt sich für die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie der EU und Einrichtung von öffentlichen Beschwerdestellen ein.

Menschenwürde und Menschenrechte sind unteilbar. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl. Wir fordern die Abschaffung von diskriminierenden Sonder-

gesetzen, wie das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht.

Menschen leben illegalisiert in diesem Land und sind häufig Opfer skrupelloser Ausbeutung. Sie brauchen eine Bleiberechtsregelung, eine Perspektive.

Wir fordern auch die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Anpassung des Ausländer- und Asylrechts im Hinblick auf den Schutz und die Rechte von Flüchtlingskindern unter 18 Jahren.

Im Kreis Groß-Gerau und deren Kommunen benötigen wir ein umfassendes Integrationskonzept. Ein Konzept, das sich auf strukturelle, soziale und kulturelle Aspekte erstreckt und die Integration von MigrantInnen als Ziel formuliert. Diese wichtige Bedeutung der Integration betrifft die Einbeziehung von MigrantInnen in Teilsysteme der Gesellschaft wie u.a. Bildung, Soziales, Gesundheit, Politik, Arbeit, Wirtschaft.

Kommunale Ausländerpolitik muss Querschnittsaufgabe sein.

Integration durch Zugang auf den Arbeitsmarkt

- Öffnung des öffentlichen Dienstes für MigrantInnen,
- gezielte Beschäftigungsförderung von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund

Sprache und Interkulturalität

- kostenfreie, wohnortnahe Sprachkurse/Alphabetisierungskurse mit Kinderbetreuung
- gezielte Förderkurse für eingewanderte Kinder und Jugendliche

Förderung und Verstärkung interkultureller Angebote in

- Kindergärten, Schulen, Bibliotheken und anderen Einrichtungen
- Förderung des interkulturellen Austauschs um Fremdheit und Ängste abzubauen
- Deutsch als Fremdsprache in den Schulen und Förderung des muttersprachlichen Unterrichts
- Anerkennung der Muttersprache
- Weiterbildung für ErzieherInnen, LehrerInnen in Fragen interkultureller Bildung und Erziehung
- Förderung und Verstärkung interkultureller Angebote als integraler Bestandteil in der dualen Berufsausbildung, der Erwachsenenbildung

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

- Öffnung von Parteien, Vereinen und Organisationen für MigrantInnen
- Anerkennung von Selbstorganisationen von MigrantInnen als Teil der Zivilgesellschaft
- Kommunale Maßnahmen, um Räume zu schaffen, in denen Konflikte behandelt und entschärft werden können und gemeinsame Erfahrungen geschaffen werden, um Fremdheit, Ängste und Ablehnung abzubauen

Belange von Zugewanderten und Einheimischen müssen in ihren Besonderheiten berücksichtigt und gleichwertig einbezogen werden. Dies kann nicht losgelöst von ihren sozialen Lebensbedingungen gesehen werden. Deshalb setzen wir uns für eine integrative Sozialpolitik, die konsequent und kontinuierlich betrieben wird, einer Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen, ein.

Die „Die Linke.Offene Liste“ unterstützt und fördert:

- die Selbstorganisationen von MigrantInnen.
- die interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Sozialdiensten, Gesundheitsdiensten, Senioreneinrichtungen etc.
- soziale Kontakte und Kommunikation zwischen Einheimischen und Zugewanderten.
- das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen für alle EinwohnerInnen, ungeachtet ihrer Nationalität.

Wir treten für eine demokratische, weltoffene und zukunftsfähige Gesellschaft ein, die

- Minderheiten nicht benachteiligt,
- Migration gestaltet und Partizipation ermöglicht und fördert,
- Flüchtlinge schützt und Menschenrechte achtet.

Friedenspolitik von unten

Das Monopol auf Außenpolitik wird im Allgemeinen der Bundesregierung oder der Europäischen Ebene zugeschrieben. Was sie damit macht, haben wir oft und zu recht kritisiert: Die rotgrüne Bundesregierung beteiligte sich offen an den Kriegen gegen Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001. Die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee umgerüstet. Die Bundeswehr steht mittlerweile in zahlreichen Ländern von Ex-Jugoslawien über Ostafrika bis Afghanistan. Es ist zu befürchten, dass diese Linie in der Großen Koalition verstärkt fortgeführt wird. Diese Politik löst keine Probleme, sondern schafft ständig neue. Außerdem kostet sie Milliarden; die auch den Kommunen fehlen.

„Ohne Frieden ist alles nichts!“ Der Kreis Groß-Gerau muß friedenspolitische Initiativen fördern und entwickeln. Wir fördern die Mitarbeit der Kommunen in den weltweiten Bündnissen „Städte für den Frieden“ (Cities for Peace) sowie „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace), streben weitere Mitgliedschaften an und unterstützen weitere Aktionen im Kampf um den Frieden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich „Diplomatie von unten“ entwickeln kann. Projekte, die internationale Begegnungen auf kommunaler Ebene fördern und die gerade in Krisengebieten das friedliche Zusammenleben der Menschen unterstützen, müssen hohe Priorität erhalten. Die Mittel für solidarische Hilfe in Entwicklungs- und Krisengebieten müssen weiter bereitgestellt werden.

Die Linke wählen

DIE LINKE.

OFFENE LISTE